

WAS BEDEUTET „LAND GRABBING“?

In den vergangenen zehn Jahren wurden Schätzungen zufolge 203 Millionen Hektar Ackerland an ausländische Investoren verkauft oder verpachtet. Mehr als die Hälfte der Landgeschäfte betrafen Afrika. Zum Vergleich: Die Ackerfläche der gesamten Europäischen Union beträgt 97 Millionen Hektar. Die Investoren produzieren auf dem Land hauptsächlich Nahrungsmittel und Energiepflanzen für den Export oder nutzen den fruchtbaren Boden als Spekulationsobjekt. Kleinbauernorganisationen weisen darauf hin, dass sich dadurch in vielen Entwicklungsländern Land- und Wassernutzungskonflikte zuspitzen. Vor diesem Hintergrund hat sich der englische Begriff „Land Grabbing“ (Grapschen nach Land) durchgesetzt.

WER SIND DIE INVESTOREN UND WARUM HABEN SIE INTERESSE AN ACKERLAND?

Als im Jahr 2008 die Grundnahrungsmittelpreise explodierten, sicherten sich insbesondere devisenreiche Regierungen aus den Golfstaaten sowie China großflächig Ackerboden in den

Entwicklungsländern, um sich von den schwankenden Weltmarktpreisen unabhängig zu machen. So pachtete Katar im Jahr 2009 in Kenia beispielsweise 40.000 Hektar für den Frucht- und Gemüseanbau und versprach im Gegenzug den Ausbau eines Hafens zu finanzieren. China zählt weltweit zu den größten Investoren in Ackerfläche und hat allein in der Demokratischen Republik Kongo 2,8 Millionen Hektar Land für den Anbau von Palmölplantagen gepachtet. Bei Investoren aus Europa handelt es sich in erster Linie um

Energieunternehmen,

die Pflanzen für die Gewinnung von Agrarkraftstoffen anbauen. Eine der größten europäischen Firmen ist das finnische Unternehmen Neste Oil. Erst im Juli 2011 lieferte Neste Oil „Bio“-Kerosin an Lufthansa, das unter anderem aus der in Mosambik angebauten Jatropha-Nuss hergestellt wird. Bauernorganisationen aus Mosambik befürchten, dass die Ausweitung der Jatropha-Plantagen zu Vertreibungen der lokalen Bevölkerung führen und dass sich Land- und Wasserkonflikte zuspitzen. Die geplatzte Immobilienblase in den USA und der Absturz der Aktienmärkte im Kontext der globalen Finanzkrise haben zudem Ackerland als sichere Finanzanlage in den Blick von Banken und Investmentfonds gerückt.

BETEILIGEN SICH AUCH DEUTSCHE UNTERNEHMEN AM „LAND GRABBING“?

Allein die Fondsgesellschaft DWS der Deutschen Bank investierte ca. drei Millionen Euro in Firmen, die sich an großflächigen Landkäufen in Entwicklungsländern beteiligen. Diese Firmen halten aktuell mindestens drei Millionen Hektar Land in Südamerika, Afrika und Südostasien. Eine dieser Firmen war laut einem Bericht der Vereinten Nationen an der Vertreibung von 400 Familien in Kambodscha beteiligt. Das deutsche Unternehmen „Acasis“ hat in Äthiopien 56.000 Hektar für die Energiepflanzenproduktion gepachtet und besitzt Konzessionen für weitere 200.000 Hektar. Auch der Konzern Lufthansa heizt mit seinen Biokerosin-Plänen den Wettlauf um Ackerland an.

WELCHE AUSWIRKUNGEN HABEN DIE „LAND DEALS“ AUF DIE EINHEIMISCHE BEVÖLKERUNG?

Großflächige Landnahmen werden insbesondere durch die entweder fehlenden oder mangelhaft durchgesetzten Landrechte in vielen Ländern zum Problem. Die oftmals hohe Korruptionsrate führt dazu, dass die lokale Bevölkerung in die Verhandlung über das Land, das sie seit Generationen bewirtschaftet, nur unzureichend oder gar nicht einbezogen wird. Umsiedelungen oder gar Vertreibungen von ganzen Dörfern sind die Folge. Die Menschen verlieren damit den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser. Eine Entschädigung für den Verlust des Ackerlandes erhalten die Familien oftmals nicht. Neben bäuerlichen Familien sind auch Nomaden, Indigene und Fischer von den großflächigen Landnahmen betroffen. Die Menschen in den Entwicklungsländern sind auch von steigenden Nahrungsmittelpreisen betroffen, da die Produktion für den lokalen Bedarf durch den Anbau für den Export verdrängt wird. Nach aktuellen Schätzungen der Welternährungsorganisation liegt die Zahl der hungernden Menschen derzeit bei fast einer Milliarde. Die Hungerkrise in vielen Teilen der Welt wird sich durch die Großprojekte der Investoren weiter verschärfen.

WARUM SCHLIESSEN DIE REGIERUNGEN IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN VERTRÄGE MIT AUSLÄNDISCHEN INVESTOREN AB?

Die Investoren kommen mit großen Versprechen: Arbeitsplätze, Straßen und Häfen, neuste Technologien. Regierungen aus den Entwicklungsländern, die sich auf die „Land Deals“ einlassen, befolgen zudem die Empfehlungen von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und den Regierungen der Industriestaaten: Sie schaffen günstige Investitionsbedingungen für ausländische Agrarkonzerne, setzen auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft, in der Wachstum und Effizienz im Zentrum stehen und fördern eine exportorientierte Agrarproduktion. Auch die hohen Korruptionsraten in vielen der betroffenen Länder führen dazu, dass das Land für einen Schnäppchenpreis an die Investoren verscherbelt wird und dass die Rechte der Menschen, die auf dem Land leben in den Verträgen keinerlei Beachtung finden.



SIND INVESTITIONEN IN DEN AGRARSEKTOR NICHT WICHTIG, UM DIE ENTWICKLUNG DER LÄNDER VORANZUBRINGEN?

Investitionen in den Agrarsektor der Entwicklungsländer sind nicht grundsätzlich schlecht. Entwicklungsorganisationen fordern seit langem, dass wieder mehr Geld in die Förderung der ländlichen Entwicklung fließen muss. Denn in den vergangenen 25 Jahren sank der Anteil der Unterstützung für ländliche Entwicklung an der Entwicklungshilfe insgesamt im OECD-Durchschnitt von 17 auf 4 Prozent. Doch es kommt stark darauf an, welche Art von Agrarproduktion gefördert wird. Mit ihren Großprojekten fördern die Investoren die Methoden der industriellen Landwirtschaft. Auf den Plantagen werden Monokulturen angebaut, die mit großen Mengen an Düngemittel und Pestiziden sowie einem massiven Wasserverbrauch verbunden sind. Bauernorganisationen in den Entwicklungsländern sprechen bereits vom so genannten „Water Grabbing“. Monokulturen und Mechanisierung bedeuten oft einen Verlust an Biodiversität und weniger Arbeitskräfte als bäuerliche Produktionsformen. In manchen Fällen bringen die Investoren die Arbeitskräfte zudem aus ihren Heimatländern mit. Es geht den Investoren somit nicht um eine Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und lokaler Märkte. Eine Abkehr von der landwirtschaftlichen Massenproduktion hin zu einer bäuerlichen, nachhaltigen und lokal angepassten Landwirtschaft wird durch die Großprojekte verhindert.

KÖNNEN FREIWILLIGE LEITLINIEN FÜR INVESTITIONEN IN ACKERLAND, DIE NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN VERHINDERN?

Im Mai 2012 verabschiedeten Vereinten Nationen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Landressourcen. Die Leitlinien verstehen sich als Empfehlung an Regierungen für eine gute Landpolitik. Sie enthalten Mindeststandards, damit Regierungen bei der Vergabe von Land auch die Nutzungsrechte der ländlichen Bevölkerung achten. Die Leitlinien können zukünftig ein wichtiges Instrument darstellen, um den lebensnotwendigen Zugang zu Land für die Menschen in den Entwicklungsländern zu sichern. Doch Vorsicht ist geboten: Bislang liegt nur ein ambitioniertes Papier vor. Wie die Empfehlungen in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden bleibt kritisch abzuwarten. Kritiker betonen zudem, dass das industrialisierte Produktionsmodell durch die Leitlinien nicht in Frage gestellt wird.

WAS KANN DIE BUNDESREGIERUNG GEGEN DIE GROSSFLÄCHIGEN LANDNAHMEN TUN?

Insbesondere seit der Förderung von Agrarkraftstoffen durch Beimischungsquoten in den Ländern der EU und den USA hat sich der Wettlauf um Ackerland beschleunigt. Die Bundesregierung sollte daher die politischen Ziele zur Beimischung aussetzen und für den Import von Energiepflanzen aus Entwicklungsländern ein Moratorium verhängen. Im Rahmen der bilateralen

Entwicklungszusammenarbeit kann die Bundesregierung das Problem mit den Regierungen der Partnerländer thematisieren. Als wichtiges Mitglied in vielen Institutionen wie der Weltbank kann sie ihren Einfluss geltend machen, um abgestimmte Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft gegen „Land Grabbing“ zu ergreifen. Generell gilt: Bevor Land verkauft oder verpachtet wird, müssen gemeinsam mit den lokalen Gemeinden umfangreiche Untersuchungen der ökologischen und sozialen Folgen durchgeführt werden. Dabei müssen auch indirekte Landnutzungseffekte, die Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energiepflanzenproduktion sowie die Einhaltung von Sozialstandards berücksichtigt werden.

WAS MACHT INKOTA ?

In Mosambik unterstützt INKOTA ein Projekt der Organisation ORAM (Verband von Bauernorganisationen) in der Region Nampula. ORAM hilft einer bäuerlichen Kooperative Landtitel zu erhalten und berät sie zu Landrechtsfragen, damit die Bauern unter anderem vor „Land Grabbing“ besser geschützt sind. In Deutschland macht INKOTA mit Aktionen, Veranstaltungen und Bildungsmaterialien auf die Problematik der großflächigen Landnahmen aufmerksam. Von der Bundesregierung fordert INKOTA die Rücknahme der Beimischungsquoten für Agrarkraftstoffe, um den Druck von der Ressource Land zu entschärfen. Zudem bringt INKOTA Fälle ans Licht, in denen deutsche Unternehmen Ackerland in den Entwicklungsländern aufkaufen.

WAS KANN ICH TUN?

Beteiligen Sie sich an den Aktionen von INKOTA und setzen Sie ein Zeichen gegen den Ausverkauf von Land. Auf unserer Webseite finden Sie aktuelle Informationen und Aktionen, die sich an einzelne Unternehmen, aber auch an die Bundesregierung richten. Sie können auch ihren Bundestagsabgeordneten fragen, was er/sie zur Unterstützung von Kleinbauern weltweit tun möchte. Gerne unterstützt INKOTA Sie bei der Organisation von Veranstaltungen zum Thema Land Grabbing.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Literaturhinweise

Kaphengst; Bahn (2012): Land Grabbing- der globale Wettlauf um Ackerland. VSA-Verlag.

Internet-Links

www.farmlandgrab.org

www.inkota.de/landnahme

INKOTA-Materialien

INKOTA-Brief 152 (2010): Die neue Landnahme

INKOTA-Infoblätter zu den Themen Menschenrecht auf Nahrung, Ernährungssouveränität, Agrokraftstoffe, Grüne Gentechnik, Biopiraterie, Biologische Vielfalt, Klimawandel & Landwirtschaft, Weltagrarbericht

Arbeitsheft Hunger, Globalisierung und Landwirtschaft mit vielen Workshopmodulen ab der 10. Klasse und in der Erwachsenenbildung.